

Unterbeschäftigung

Oktober 2019 868.337 Die Zahl der Unterbeschäftigten
September 2019 876.047 im engeren Sinne enthält auch
August 2019 886.058 all jene Personen, die faktisch
Oktober 2018 864.224 arbeitslos sind, aber zum Zeit-
punkt der statistischen Erfassung nicht als Arbeitslose ge-
zählt wurden, weil sie z.B. an einer arbeitsmarktpolitischen
Maßnahme teilnahmen oder krankgeschrieben waren. Sie
ist daher die ehrlichere Arbeitslosenzahl. Im Vergleich zum
Vorjahresmonat ist die Zahl der Unterbeschäftigten im
Oktober 2019 um 0,5 Prozent auf 868.337 gestiegen.

Langzeitarbeitslosigkeit

Oktober 2019 240.987 Im Oktober 2019 gab es
September 2019 242.171 240.987 Langzeitarbeitslose.
August 2019 245.566 Das entspricht 38,5 Prozent
Oktober 2018 259.954 aller Arbeitslosen. Gegenüber
dem Vorjahresmonat ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen
um 7,3 Prozent gesunken. Als langzeitarbeitslos gelten
Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind.
Weil die Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch unter anderem
nach der Teilnahme an einer Maßnahme wieder von vorne
gezählt wird, unterzeichnet die offizielle Zahl das wahre
Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit.

Personen in Bedarfsgemeinschaften

Oktober 2019 1.634.855 Zu den Personen in Bedarfs-
September 2019 1.641.696 gemeinschaften zählen alle
August 2019 1.648.122 Menschen, die in einem Hartz-
Oktober 2018 1.683.872 IV-Haushalt leben. Im Oktober
2019 waren es 1,63 Millionen. Im Vergleich zum Oktober
des Vorjahres ist ihre Zahl um 2,9 Prozent gesunken.

Der **Arbeitslosenreport NRW** berichtet regelmäßig von
den Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Nordrhein-
Westfalen. Jede Ausgabe greift ein Schwerpunktthema
auf. Zentrale Kennzahlen zu Unterbeschäftigung,
Langzeitarbeitslosigkeit und Personen in Bedarfsgemein-
schaften werden langfristig beobachtet und mit jeder
Ausgabe konstant fortgeschrieben.

Der Arbeitslosenreport NRW ist ein Kooperationsprojekt
der Freien Wohlfahrtspflege NRW und dem Institut für
Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) der
Hochschule Koblenz.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Sabine Damaschke, Pressereferentin
c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
Lenastraße 41, 40470 Düsseldorf
Tel: (0211) 6398-286
E-Mail: presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

ISAM

Hochschule Koblenz, RheinAhrCampus Remagen
Joseph-Rovan-Allee 2, 53424 Remagen
E-Mail: becher@hs-koblenz.de
www.hs-koblenz.de/isam

Alle Ausgaben des Arbeitslosenreports NRW sowie
Datenblätter mit regionalen Zahlen können im Internet
auf www.arbeitslosenreport-nrw.de heruntergeladen
werden. Quelle der Daten ist das Statistikangebot der
Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bun-
desamts.

Arbeitslosenreport NRW

4/2019 Arm trotz Arbeit

Auf einen Blick

Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote für Erwerbstätige in
Nordrhein-Westfalen ist von 2008 bis 2018 von sieben
auf fast neun Prozent gestiegen.

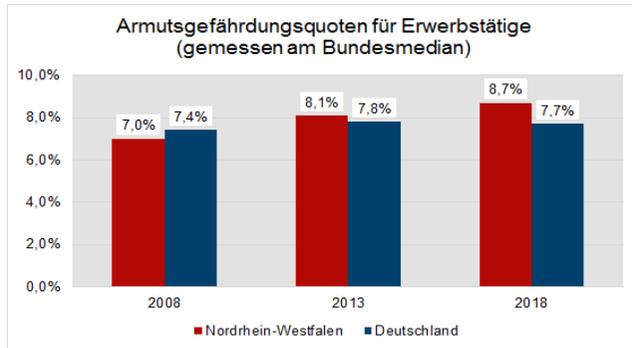
Niedriglöhne

Jeder sechste Vollzeitbeschäftigte in Nordrhein-Westfa-
len erhält nur einen Niedriglohn.

Aufstocker

Knapp 280.000 Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen
sind auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen angewiesen.

Armutsgefährdung



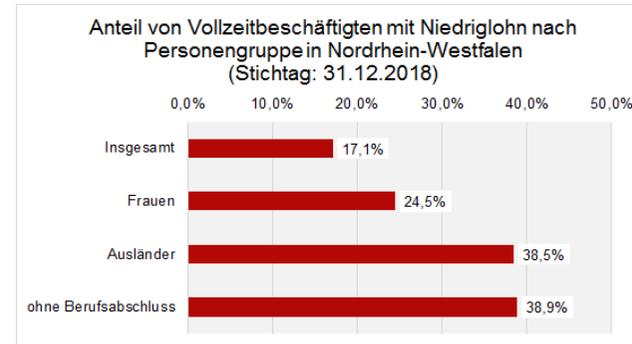
Jeder elfte Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen ist von Armut bedroht

Nach Definition der Europäischen Union waren 8,7 Prozent aller Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 armutsgefährdet. Laut EU-Standard gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehen. Das Armutsrisiko von Erwerbstätigen ist seit 2008 um fast zwei Prozentpunkte gestiegen.

Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen lag 2018 nach Angaben des Statistischen Bundesamts deutlich über dem bundesweiten Wert von 7,7 Prozent. Zehn Jahre zuvor lag das Armutsrisiko für Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen hingegen noch unter dem Wert für Deutschland. Im Vergleich mit allen Bundesländern war die Armutsgefährdungsquote für Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 am sechstöchsten.

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Armut und bildet vor allem die Unterschiede in der Einkommensverteilung ab. Ein Einpersonenhaushalt in Deutschland gilt, gemessen am Bundesmedian, als armutsgefährdet, wenn das monatliche Einkommen weniger als 1.035 Euro beträgt.

Niedriglöhne



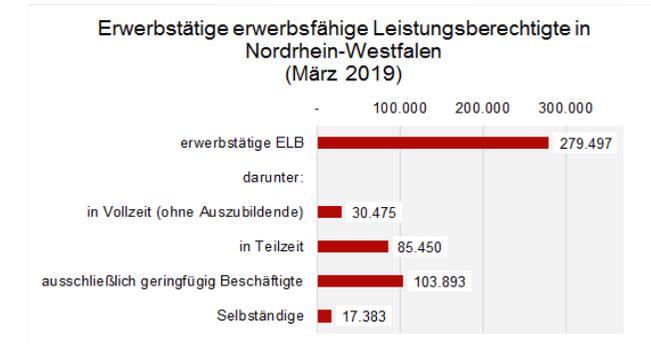
Nur Niedriglohn für jeden sechsten Vollzeitbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen

Ein Grund für die prekäre Situation vieler Erwerbstätiger im Bundesland sind geringe Löhne. Nach Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) erhielten 17 Prozent der Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) zum Stichtag am 31.12.2018 einen Lohn unterhalb der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle von 2.203 Euro Bruttolohn pro Monat.

Die Niedriglohnschwelle, die Schwelle des unteren Entgeltbereichs, liegt nach Definition der OECD bei weniger als zwei Drittel des mittleren Entgelts (Median) der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in einer vorher definierten Region.

Einen besonders hohen Anteil an Niedriglohnbeschäftigten gibt es unter Frauen, Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (Ausländer) und Personen ohne Berufsabschluss. So erhielt im Jahr 2018 nahezu jede vierte vollzeitbeschäftigte Frau in Nordrhein-Westfalen einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Bei Ausländern und Personen ohne Berufsabschluss lag der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit jeweils knapp 39 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei der Gesamtheit der Beschäftigten.

Aufstocker



Rund 30.000 Menschen sind trotz Vollzeitjob im Hartz-IV-Bezug

Im März 2019 gingen knapp 280.000 erwerbsfähige Hartz-IV-Beziehende in Nordrhein-Westfalen einer Erwerbstätigkeit nach. Das entspricht etwa einem Viertel aller 1,14 Millionen Erwerbsfähigen im Hartz-IV-Bezug im Bundesland.

Über 30.000, knapp elf Prozent, dieser sogenannten „Aufstocker“ arbeiteten in Vollzeit. Weitere rund 85.000 waren in einer Teilzeitstelle beschäftigt. Die 17.000 Selbstständigen machen hingegen mit rund sechs Prozent nur einen kleinen Teil der Aufstocker aus. Die größte Gruppe unter den Aufstockern waren knapp 104.000 geringfügig Beschäftigte, sogenannte „Minijobber.“ Einkommen bis zu 100 Euro wird nicht auf die Regelleistung angerechnet. Darüber hinaus gehendes Einkommen führt zu einer anteiligen Reduzierung des Hartz-IV-Satzes.

Der hier abgebildete Hartz-IV-Bezug von Erwerbstätigkeiten bildet ihre Hilfebedürftigkeit nur teilweise ab. Denn mehrere Studien deuten darauf hin, dass die Mehrheit der eigentlich hilfebedürftigen Erwerbstätigen ihren Anspruch auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen nicht einlöst. Die Schätzungen der Verzichtsquote reichen dabei von 48 bis 63 Prozent.